

Brüssel Aktuell 1/2021

18. Dezember 2020 bis 29. Januar 2021

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Mehrjähriger Finanzrahmen I: Konsultation zur Digitalsteuer

Bis zum **12. April 2021** führt die EU-Kommission eine öffentliche [Konsultation](#) zum Thema „Eine faire und wettbewerbsfähige digitale Wirtschaft – Digitalabgabe“ durch. Die Konsultation richtet sich u. a. an Kommunalverwaltungen und dient dazu, Meinungen zu einer Digitalabgabe als neue Eigenmittelquelle der EU einzuholen...

Coronavirus I: Kommission genehmigt Bundes-Beihilfen für Jugendeinrichtungen

Am 26. November 2020 genehmigte die EU-Kommission einen Beihilfeplan des Bundes zur Kompensation von Verlusten, die Jugendherbergen, Schullandheimen, Familienferienstätten u. ä. Einrichtungen während der Coronapandemie entstanden sind ([SA.59228](#)), die Entscheidung liegt nur auf Englisch vor)...

Digitalisierung: Konsultation zu Hochgeschwindigkeits-Breitband in der EU

Bis zum **02. März 2021** können sich u. a. zuständige Behörden, die sich mit Genehmigungsverfahren für Bauarbeiten bzw. Zugang zu öffentlichem Eigentum befassen, an einer öffentlichen [Konsultation](#) der EU-Kommission zur geplanten Überarbeitung der [Richtlinie](#) (EU) 2014/61 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation (Brüssel Aktuell 17/2014) beteiligen...

Umwelt, Energie und Verkehr

Umweltschutz: Vorschlag der Kommission zum achten Umweltaktionsprogramm

Am 14. Oktober 2020 veröffentlichte die EU-Kommission ihren Vorschlag für das achte Umweltaktionsprogramm (UAP) der Europäischen Union. Das Programm bildet den Rahmen für die Gestaltung der Umweltpolitik der EU bis 2030. Das übergeordnete Ziel ist dabei, den Übergang der EU zu einer klimaneutralen und ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft zu beschleunigen. Das UAP bildet die Basis zur Erreichung der klima- und umweltschutzrechtlichen Vorgaben der Agenda 2030 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (VN). Hierbei unterstützt das UAP die Ambitionen des europäischen Grünen Deals (Brüssel Aktuell 1/2020) vollumfänglich...

Europäischer Grüner Deal I: 2021 als Europäisches Jahr der Schiene

Am 1. Januar 2021 hat der Rat der EU das Europäische Jahr der Schiene formell [ausgerufen](#). Im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal (Brüssel Aktuell 1/2020) und dem Ziel einer europäischen Klimaneutralität bis zum Jahr 2050, soll das allgemeine Bewusstsein zur grünen Transportalternative mit der Bahn geschärft, und der Anteil der Beförderung von Personen und Gütern im Eisenbahnverkehr erhöht werden...

Klimaschutz: Europäischer Rat billigt verschärftes Klimaziel für 2030

Am 11. Dezember 2020 [billigten](#) die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat der EU das verbindliche Ziel einer EU-internen Netto-Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % im Vergleich zu 1990. Nach Ansicht der Mitgliedstaaten waren die bisherigen Ambitionen mit einer Reduktion um 40 % nicht ausreichend, um das Ziel einer klimaneutralen EU bis 2050 zu erreichen (Rn. 12)...

Trinkwasserrichtlinie: Parlament stimmt Trilog-Ergebnis zu

Das Europäische Parlament hat am 15. Dezember 2020 dem Trilog-Ergebnis zur neuen [Richtlinie](#) 2020/2184/EU über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch zugestimmt...

Biodiversität: Konsultation zu politischen Initiativen der EU

Bis zum 5. April 2021 führt die EU-Kommission eine öffentliche [Konsultation](#) zu den politischen Initiativen der EU zur Biodiversität durch...

Europäischer Grüner Deal II: Nachhaltigerer Umgang mit Batterien

Aufgrund der fortschreitenden Entwicklung und des steigenden Einsatzes von Batterien vor allem im Bereich der Elektromobilität – die EU-Kommission geht von einer 14-fachen Steigerung der Nachfrage bis zum Jahr 2030 aus – hat die Kommission am 10. Dezember 2020 einen Vorschlag für eine neue [Verordnung](#) über Batterien und Altbatterien vorgelegt, der gleichzeitig die alte [Richtlinie](#) (2006/66/EG) aufheben soll...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Coronavirus II: AdR- Umfrage zu Auswirkungen auf Gebietskörperschaften

Im Juni und Juli 2020 führten der Ausschuss der Regionen ([AdR](#)) und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ([OECD](#)) eine Umfrage zu den „Auswirkungen von COVID-19 auf die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften“ durch (*Brüssel Aktuell* 20/2020), an der sich 300 Vertreter von Gebietskörperschaften der regionalen und lokalen Ebene aus 24 EU-Mitgliedstaaten beteiligten...

Kohäsionspolitik: European Social Progress Index 2020 veröffentlicht

Am 2. Dezember 2020 veröffentlichte die EU-Kommission den European Social Progress [Index](#) (EU-SPI) 2020. Der EU-SPI misst europaweit Lebensqualität und gesellschaftliche Entwicklung auf regionaler Ebene. Anhand von zwölf Komponenten und insgesamt 55 sozialen und ökologischen Indikatoren vergleicht der EU-SPI den sozialen Fortschritt (auf einer Index-Range von unter 45 bis über 80) auf der NUTS2 – Ebene der europäischen Regionen, wobei er wirtschaftliche Aspekte bewusst außer Acht lässt...

Tierschutzlabel: Ratsschlussfolgerungen zu EU-weitem Tierschutzkennzeichen

Am 15. Dezember 2020 nahm der Rat der EU [Schlussfolgerungen](#) zu einem EU-weiten Tierschutzkennzeichen an. Ziel ist die Verbesserung des Tierschutzes möglichst vieler Nutztiere sowie eine mögliche bessere Vergütung der Nutztierhalter...

Soziale Ausgrenzung: Entschließung zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit

Am 24. November 2020 nahm das Europäische Parlament eine [Entschließung](#) zur Senkung der Obdachlosenquoten in der EU an. Das Parlament betont darin, dass Obdachlosigkeit als eine der schwersten Formen von Armut und Entbehrung einzustufen ist und durch gezielte Maßnahmen bekämpft werden muss...

Öffentliche Gesundheit: Bericht „Gesundheit auf einen Blick“ veröffentlicht

Am 19. November 2020 veröffentlichte die EU-Kommission gemeinsam mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ([OECD](#)) den alle zwei Jahre erscheinenden [Bericht](#) „Health at a glance“ (Brüssel Aktuell 43/2018)...

Antisemitismus: Erklärung des Rates der EU und Handbuch zur Arbeitsdefinition

Am 2. Dezember 2020 veröffentlichte der Rat der EU eine [Erklärung](#) zur Bekämpfung von Antisemitismus. Die Zunahme antisemitischer Vorfälle, hassmotivierter Straftaten und das erneute Auftreten von Verschwörungsmethoden vor dem Hintergrund der Coronavirus-Krise erforderten eine klare Reaktion von Politik und Justiz...

Geschlechterdiskriminierung: Ratsschlussfolgerungen zu Verdienstgefällen

Am 2. Dezember 2020 verabschiedete der Rat der EU [Schlussfolgerungen](#) zum Thema „Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Verdienstgefälles: Bewertung und Aufteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Betreuungs-, Pflege- und Hausarbeit“...

Gewalt gegen Frauen: Studie zum Mehrwert der Istanbul-Konvention

Am 14. November 2020 veröffentlichte die Fachabteilung Bürgerrechte und konstitutionelle Angelegenheiten des Europäischen Parlaments eine [Studie](#) mit dem Titel „Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt in Europa. Der Mehrwert der Istanbul-Konvention und verbleibende Herausforderungen“ (Brüssel Aktuell 14/2020, [Übersicht](#) zur Konvention)...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

BREXIT: Abkommen zwischen der EU und UK geschlossen

Am 1. Januar 2021 trat das [Handels- und Kooperationsabkommen](#) zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich (UK) (zuletzt Brüssel Aktuell 29/2020) vorläufig in Kraft. Nach vierjährigen Verhandlungen stimmte der [Rat](#) der EU am 29. Dezember 2020 auf Vorschlag der EU-Kommission für eine vorläufige Anwendung des Abkommens, sodass ein ungeordneter Austritt Großbritanniens aus der EU vermieden werden konnte. Streitpunkte waren bis zuletzt Fischereirechte sowie einheitliche Wettbewerbsbedingungen. Das Handels- und Kooperationsabkommen gründet sich auf drei Säulen: ein Freihandelsabkommen für eine neue Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft, eine Partnerschaft für die Sicherheit der Bürger sowie eine horizontale Vereinbarung über Governance. Enthalten sind Regelungen zu Wirtschaft und Handel, Mobilität, Teilnahme an EU-Programmen sowie institutionelle und horizontale Vorschriften...

EU-Ratspräsidentschaft: Prioritäten des portugiesischen Vorsitzes

Am 1. Januar 2021 übernahm Portugal nach [Deutschland](#) für die nächsten sechs Monate turnusmäßig die [Präsidentschaft](#) im Rat der Europäischen Union (Brüssel Aktuell 23/2020). Damit geht die Trio-Präsidentschaft Deutschlands, Portugals und Sloweniens, das die Präsidentschaft ab 1. Juli 2021 übernehmen wird, mit ihrem [Achtzehnmonatsprogramm](#) auf die Halbzeit zu. Unter dem [Programm](#)-Motto „Zeit zu handeln: ein fairer, grüner und digitaler Aufschwung“ liegen die Prioritäten der portugiesischen Präsidentschaft auf der ökonomischen Erholung Europas, angekurbelt durch einen grünen und digitalen Wandel, der Etablierung der sozialen Säule der EU als Schlüsselement für einen fairen und inklusiven grünen und digitalen Wandel, sowie der Stärkung der strategischen Autonomie Europas. Konkret liegt der Fokus des Ratsvorsitzes auf der Umsetzung des im Dezember verabschiedeten Mehrjährigen Finanzrahmens ([MFR](#)) 2021-2027 sowie der Weiterverfolgung der Verhandlungen zum europäischen Asyl- und [Migrationspaket](#) (zuletzt Brüssel Aktuell 31/2020), die unter deutschem Vorsitz nicht mehr abgeschlossen werden konnten. Auch übernimmt Portugal die Forcierung der Vorbereitungen für die [Konferenz](#) zur Zukunft Europas (zuletzt Brüssel Aktuell 22/2020)...

Mehrjähriger Finanzrahmen II: Parlament billigt Rechtsstaatlichkeits-Konditionalität

Am 16. Dezember 2020 billigte das Europäische Parlament die [Verordnung](#) (EU) 2020/2092 über eine allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union (Brüssel Aktuell 34/2020). Zum ersten Mal können dadurch Zahlungen aus dem EU-Haushalt für Mitgliedstaaten ausgesetzt werden, die gegen Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit verstoßen, welche die wirtschaftliche Führung des EU-Haushalts unmittelbar (zu) beeinträchtigen (drohen) (Art.4 Abs.1)...

Menschenrechte und Demokratie: EU-Aktionsplan für Demokratie veröffentlicht

Die EU-Kommission veröffentlichte am 3. Dezember 2020 den Europäischen [Aktionsplan](#) für Demokratie. Dieser sieht Maßnahmen zum Schutz von Wahlintegrität und zur Förderung der demokratischen Teilhabe, sowie zur Stärkung von Medienfreiheit und -pluralismus und die Bekämpfung von Desinformationen vor. Als eine der wichtigsten Initiativen des neuen [Arbeitsprogramms](#) der Kommission für 2021 (zuletzt Brüssel Aktuell 36/2020), hat der Aktionsplan das Ziel einer Stärkung der demokratischen Resilienz der EU (S. 3)...

Grundrechte: Neue Strategie der Kommission zur Anwendung der Grundrechtecharta

Am 2. Dezember 2020 legte die Europäische Kommission ihre neue [Strategie](#) für eine verstärkte Anwendung der [Grundrechtecharta](#) in der EU vor. Diese ist seit 2009 von rechtsverbindlicher Natur und ergänzt den Europäischen [Aktionsplan](#) für Demokratie (diese Ausgabe) sowie den [Bericht](#) über die Rechtsstaatlichkeit (zuletzt Brüssel Aktuell 32/2020)...

Europäische Bürgerinitiative: Minderheitenschutz und Förderung ihrer Besonderheiten

Am 17. Dezember 2020 nahm das Europäische Parlament mit großer Mehrheit eine [Entschließung](#) zur Europäischen Bürgerinitiative ([EBI](#)) „[Minority SafePack](#) — one million signatures for diversity in Europe“ an (Brüssel Aktuell 5/2017). Ziel der EBI ist die Sicherheit und der Schutz von Minderheiten sowie die Förderung ihrer sprachlichen und kulturellen Besonderheiten. Sie hat für neun verschiedene Bereiche Gesetzesvorschläge unterbreitet...

Personelle Veränderungen

*Der Jahreswechsel brachte einige personelle Veränderungen in der Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen mit sich. So kehrte der bisherige Leiter des Europabüros der bayerischen Kommunen und Bürogemeinschaftsleiter, Herr Thomas Fritz, nach drei Jahren im Europabüro der bayerischen Kommunen zurück zum Freistaat Bayern. Bei seinem Nachfolger handelt es sich um Herrn Benedikt Weigl, der von März 2020 an die Funktion des stellvertretenden Leiters des Europabüros der bayerischen Kommunen innehatte. Frau Marilena Leupold, die seit Oktober das Team der Bürogemeinschaft als Referentin verstärkte, ist nun die neue stellvertretende Leiterin. Nach fast neun Jahren im Europabüro der baden-württembergischen Kommunen übernahm zudem die bisherige Büroleiterin Frau Caroline Bogenschütz neue Aufgaben im Landratsamt Hohenlohekreis. Zudem beendete die Leiterin des Europabüros der sächsischen Kommunen Danielle Drechsel ihre Tätigkeit in Brüssel. Die ehemaligen und aktuellen Verfasser von Brüssel Aktuell bedanken sich für das Interesse der Leserschaft an den kommunalrelevanten Entwicklungen auf EU-Ebene und hoffen darauf, dass viel Positives im neuen Jahr berichtet werden kann. Für die Stelle als zukünftige Leiterin oder als Leiter des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen können bis zum **12. Februar 2021** Bewerbungen eingereicht werden ([Ausschreibung](#)).*

Sonderausgabe zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027

Gerne möchten wir darauf hinweisen, dass wir demnächst eine Sonderausgabe von Brüssel Aktuell zum Ende 2020 beschlossenen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 sowie zum Aufbauinstrument „Next Generation EU“ planen. In dieser Sonderausgabe werden wir ausführlich über die Grundsatzeinigung sowie die einzelnen kommunalrelevanten Programme und Fonds berichten. Aus diesem Grund finden sich in der aktuellen Ausgabe noch keine Beiträge zum neuen EU-Haushalt.

Das **Brüssel Aktuell**-Jahresverzeichnis 2020

Die fetten Zahlen verweisen auf die jeweilige Brüssel Aktuell-Ausgabe, die mageren Zeichen auf die Rubrik und die kursiven auf den Titel des Beitrags. Wenn in einem Artikel mehrere Themen behandelt werden, wird dieser mehrfach genannt.